

Michail Logvinov (Chemnitz)

Energie als Waffe? Europäischer Versorgungssicherheitsdiskurs als „Threat Industry“ und Interessenkonflikte im Dreieck Russland-Polen-Deutschland

Russlands Rolle in der europäischen Energiesicherheit war noch nie so ambivalent dargestellt wie in heutigen Tagen. Dabei dominieren die sicherheitspolitischen Argumente die öffentliche und wissenschaftliche Versorgungssicherheitsdebatte. Der Beitrag überprüft die versicherheitlichte Argumentationslage vor dem Hintergrund vorhandener Interdependenzen, die die europäische und russische Energiewirtschaft aneinander binden.

*Keywords: Russland, EU, Versorgungssicherheit, Gazprom
Russia, EU, security of supply, Gazprom*

1. Einleitung

Die Bilder des russischen Präsidenten Wladimir Putin beim Abdrehen des Gashahnes Anfang 2006 lösten eine „hysterische Debatte“ über die Rolle Russlands als Energielieferant der EU aus (Aalto 2009, 165). Die seit 2004 andauernden Preisstreitigkeiten zwischen den russischen Energiekonzernen und den Transitländern Ukraine bzw. Weißrussland sowie die jüngsten Lieferengpässe begünstigen die Wahrnehmung einer großen Unsicherheit in den Energiebeziehungen zu Russland. Vor diesem Hintergrund scheint die Versorgungssicherheit im Zieldreieck mit Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit nicht mehr gegeben zu sein. KritikerInnen fühlten sich in ihrer Vermutung bestätigt, dass der russische Staatsmonopolist Gazprom im Dienst des Staates stehe und Rohstoffe als politische Waffe nutze. Auch spätere Lieferunterbrechungen sorgten für alarmierende Stimmen in der EU.

Mit dem Sinken der Öl- und Gaspreise verlor die öffentliche Energiedebatte an Intensität. Dies ist ein Indiz für die These, dass Rohstoffsicherheitsdiskurse zyklisch mit der Korrelation zum Weltmarktpreis verlaufen (Knothe 2008, 4). Die sicherheitspolitische Übersensibilisierung der Versorgungsproblematik blieb jedoch unverändert stark ausgeprägt. Perovic (2009, 1f.) zufolge rief Russlands Aufstieg zu einer Energiemacht transatlantische Kontroversen hervor, die in einer solchen Intensität nach dem Kalten Krieg nicht mehr anzutreffen waren.

Im Hinblick auf die Abhängigkeit der EU von Russland beginnen die „versicherheitlichten“ Aussagen mit vagen Vermutungen und enden in Hypothesen, die weder politisch noch ökonomisch immer nachvollziehbar sind (vgl. Goldthau/Geden 2007; Götz 2007a; Götz 2009). Trotz ihrer mangelhaften Erklärungskraft werden sicherheitspolitische Hypothesen in der aktuellen Auseinandersetzung um Energie als Machtwahrung zunehmend bemüht. In den öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen steht Russland in einem „von Fakten und rationalen Erwägungen losgelösten Sicherheitsdiskurs“ als Hauptstörfried da und seine Energieexporte werden dabei „als existenzielle Bedrohung Europas dargestellt“ (Götz 2009, 10f.). So heißt es in einer Studie:

„The unjust manipulation or interruption of energy supplies is as much a security threat as military action is, especially since the EU relies on Russia for more than 30 percent of its oil imports and 50 percent of its natural gas imports.“ (Baran 2007, 132) Die VorreiterInnen des sicherheitspolitischen Energiediskurses sind neben Thinktanks und PolitikerInnen aus den USA und Großbritannien auch jene aus ostmitteleuropäischen EU-Staaten wie Polen, das beispielsweise einen *European Energy Security Treaty* mit Beistandsverpflichtung („Energie-NATO“) vorschlug.

Die Hypothesen sicherheitspolitischer Analysen besagen im Allgemeinen, dass Energielieferanten wie Russland ihre Rohstoffe nicht als wirtschaftliche, sondern als strategische Güter und somit als Instrumente politischer Einflussnahme bewerten. Demgemäß sei eine hochgradige Abhängigkeit von diesen eine essenzielle Bedrohung beispielsweise für die west- und ostmitteleuropäischen EU-Staaten. Denn die EU sei nicht vor Manipulationen mit Rohstoffen als außenpolitischem Druckmittel gefeit (Umbach 2006, 64). Überdies wird dem Kreml nachgesagt, die gefährliche Abhängigkeit der EU von russischen Energierohstoffen maximieren zu wollen (Cohen 2007, 3).

Vor diesem Hintergrund gilt es zu hinterfragen, ob die These plausibel ist, dass die EU durch eine angeblich zu große Abhängigkeit von russischen Energielieferungen bedroht sei. Außerdem ist der Frage nachzugehen, welche Vor- und Nachteile für Russland die immer wieder behauptete Energieerpressung bringen könnte. Dabei werden vor allem ökonomische Argumente überprüft, die trotz mancher Kritik bei Weitem nicht entmystifiziert sind.

Der Vergleich energiepolitischer und -wirtschaftlicher Interessendivergenzen im Dreieck Russland-Deutschland-Polen soll vor allem dazu dienen, die Motivlage der Akteure bei ihren strategischen Entscheidungen zu veranschaulichen. Die Auswahl Deutschlands und Polens bietet sich aus mehreren Gründen an. Die deutsch-russische Energiekooperation erscheint Polen als Menetekel. Die heftige Reaktion Warschaws auf den Vorstoß einer Ostseepipeline war ein deutliches Signal an beide Seiten und hatte Folgen über die nationalen Grenzen hinweg. Polnische Energiepolitik ist vor allem Russlandpolitik und gilt gleichzeitig als Indikator für das Verhältnis Polens zu Deutschland. Beide Staaten importieren russisches Gas in – so die sicherheitspolitische Argumentation – erheblichen Mengen. Polen ist ein Transitland. Deutschland wird nach der Fertigstellung der Ostseepipeline eine Drehscheibe für den europäischen Gastransit sein. Beide Länder sind an der Regulierung der Energiebeziehungen zu Russland interessiert und streben ein europäisches Energiesicherheitsbündnis an. Dennoch können die energiepolitischen Ansätze beider EU-Akteure kaum unterschiedlicher ausfallen. In der Energiepolitik favorisiert Polen multilaterale Lösungsvorschläge. Deutschland spricht sich demgegenüber für einen primär nationalen Ansatz der Energieversorgung auf Firmenebene aus. Warschau plädiert für eine Sicherheitskooperation unter Ausschluss des Energielieferanten Russland. Berlin ist dagegen daran gelegen, Russland als Energiepartner Europas einzubinden. Demnach stellen Berlin und Warschau zwei Pole bzw. Ordnungsmodelle der EU auf ihrem Weg zu einer *energy security society* dar (Aalto 2009, 162).

2. Russland als Problem

Zwei Themenkomplexe bestimmen die Diskussion über die sicherheitspolitische Bedrohung der EU durch ihre Energieabhängigkeit. Erstens wird auf die politische Instabilität und Unberechenbarkeit der Förder- und Transportregionen verwiesen. Hieraus resultiere für den Westen die

Gefahr, sich durch eine voranschreitende Energiedependenz erpressbar zu machen, sollten die autoritären Regime ihre Rohstoffe als politische Waffe einsetzen. Zumal die Energieunternehmen der Rentier-Staaten nicht nach marktwirtschaftlichen Prinzipien funktionieren, sondern einem geopolitischen Auftrag folgen (Umbach 2007, 89f.; 2008a, 314f.). Die „antiwestlichen“ Energieallianzen wie die Gas-OPEC werden in den Bedrohungsszenarien ebenfalls als erhebliche Risiken aufgefasst (Cohen 2007, 9f.). Überdies trage ein harter Konkurrenzkampf um die knapp werdenden fossilen Rohstoffe – ein „Krieg um Ressourcen“ – erheblich zur Verwundbarkeit Europas bei (vgl. Mayer 2007).

Diese und ähnliche Argumente werden in den Energiesicherheitsdebatten auch auf Russland projiziert und mit Vehemenz vorgetragen (vgl. Baran 2007; Paillard 2007; Umbach 2006). Die KritikerInnen behaupten unter anderem, Russland verfolge eine „Teile-und-herrsche“-Strategie, indem es die EU durch seine Direktpipelines an sich binden wolle und aggressiv versuche, die europäischen Transportinfrastrukturen unter seine Kontrolle zu bekommen (Cohen 2007, 5f.). Hinsichtlich der Pipelinepolitik von Gazprom wird „eine steigende Abhängigkeit nicht nur von einem Land, sondern sogar von einem Konzern, der heute als wichtigster Arm der Außenpolitik des Kreml agiert“, beschworen (Umbach 2007, 89). Die EU würde von einem Konzern abhängig werden, welcher demnächst vor dem Dilemma stünde, seine Lieferungen entweder an die nationalen oder die internationalen Kunden unterbinden zu müssen. Denn seine Investitionen seien nicht ausreichend, um gleichzeitig den steigenden Energiebedarf im eigenen Land und den der westlichen Nationen zu sichern (Cohen 2007; Baran 2007, 143; Paillard 2007, 20).

Es sei momentan objektiv nicht möglich, Gazprom aus dem EU-Markt zu drängen, denn die Rohstoffabhängigkeit der EU sei zu groß. „To reduce the detrimental effects of its current dependence, *the EU needs only to reduce its reliance on this supplier.*“ (Baran 2007, 143) Bei solchen und ähnlichen Vorschlägen soll der Eindruck entstehen, dass die Problemdiagnose unangreifbar wäre und es nur noch um die Ergreifung von entschlossenen Maßnahmen gehe (Götz 2007, 68). Die Annahme, dass die Energiewirtschaft keine Energiesicherheit biete, soll offenbar politische Lösungen der Versorgungssicherheit forcieren.

Dabei wird in der Diskussion unterschlagen, dass die Energieversorgung der EU durch funktionierende ökonomische Mechanismen auf der Ebene von Unternehmen gewährleistet wird (vgl. Finon/Locatelli 2007). Dies hat die EU-Kommission im *Energy Security and Solidarity Action Plan* unterstrichen, indem sie die Gleichsetzung von Energieversorgungssicherheits- und Energieaußenpolitik auflöste (Geden 2008, 3; vgl. Götz 2009, 16). Damit wird dem Subsidiaritätsprinzip sowie der Tatsache, dass die EU-Energieaußenpolitik zunehmend in einen Konflikt mit nationalen Wirtschaftsakteuren gerät, Rechnung getragen. Auch im Verordnungsvorschlag zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung vom 16. Juli 2009 sprach sich die EU-Kommission für den Vorrang marktgerechter Maßnahmen und das Primat der flexiblen Eigenversorgung aus (Geden 2009, 2).

Die Energiesicherheitsdebatte und geopolitische Lösungsvorschläge veranschaulichen allerdings, dass die Energierohstoffe angesichts tief greifender Veränderungen auf den Rohstoffmärkten tendenziell als strategische Güter und nicht (mehr) als normale Wirtschaftsgüter bewertet werden. Dies gilt allerdings nicht nur für die Produzentländer, sondern auch für die Energieimporteure. Es wäre daher nur ein Teil der Wahrheit, folgende Behauptung aufzustellen: Während die EU sich um die Entpolitisierung der Beziehungen zu Russland bemühe, strebe Moskau das Gegenteil an (Noël 2008, 2).

Zweitens gilt es zu hinterfragen, ob die vorgenommene Problemdiagnose im sicherheitspolitischen Energiediskurs frei von Missverständnissen ist. Denn die vernachlässigte makroökono-

mische Logik des Versorgungssicherheitsdiskurses deutet auf Fehleinschätzungen hin, die (1) aus der vermuteten Knappheit fossiler Energierohstoffe, (2) dem einseitig dargelegten Verhältnis von Unternehmenszielen und gesamtwirtschaftlichen Zielen und (3) der numerischen Abhängigkeit der EnergiekonsumentInnen resultieren (Götz 2007b, 5f.; Götz 2009; Goldthau/Geden 2007, 64; vgl. auch: Hanson 2009; Closson 2009; Perovic 2009; Pleines 2009).

2.1 Vermutete Knappheit fossiler Energierohstoffe

Die im Mittelpunkt jeglicher Energiesicherheitsdiskussion stehenden konventionellen Reserven an Erdöl und Erdgas machen nur 3 % Prozent der weltweit vorhandenen Energieträger aus (Götz 2007a, 74). Die Jahresförderung konventioneller Energierohstoffe, verglichen mit den Reserven und Ressourcen, steht den Angaben der Bundesagentur für Geowissenschaften und Rohstoffen (BGR) zufolge im Verhältnis von etwa 1 zu 90 zu 1150. „Damit lassen die globalen Reserven an Energierohstoffen mit Ausnahme des konventionellen Erdöls längerfristig eine ausreichende Deckung des Energiebedarfes erwarten.“ (BGR 2008, 10) Auch angesichts der ermittelten Angebotssituation an Energierohstoffen im Verhältnis zum kumulierten Bedarf bis 2030 kann nicht ernsthaft davon die Rede sein, dass die EU durch die Energieknappheit bedroht wäre (BGR 2008, 30). Die geografisch breit verteilten Vorräte an konventionellem und nichtkonventionellem Erdgas, nichtkonventionellem Öl und Kohle lassen die Energieknappheit nicht dramatisch erscheinen. Auch für das vergleichsweise umweltfreundliche Erdgas ohne Einbeziehung des Gashydrats zeichnet sich ein durchaus positives Bild ab. Darüber hinaus steigen die Reservenbestände und ihre Reichweite trotz des weltweit wachsenden Energieverbrauchs kontinuierlich an. So haben sich die bestätigten weltweiten Erdgasreserven zwischen 1970 und 2007 beinahe vervierfacht. Im Zeitraum zwischen 1984 und 2004 haben sich die Erdgasreserven von 96,4 Billionen Kubikmeter auf 179,5 Billionen Kubikmeter erhöht (WEG 2008, 3). Allein in Russland liegt die momentane Reichweite für Erdöl bei ca. 22 Jahren und für Erdgas (Produktionsniveau des Jahres 2006) bei knapp 78 Jahren (vgl. Engerer 2008, 115; Perovic 2009, 4). Die Gesamtvorräte liegen für Erdöl 50-mal und für Erdgas rund 200-mal über dem gegenwärtigen Förderungsniveau (Götz 2008, 116). Die Verwundbarkeit der EU durch die Energieknappheit entpuppt sich auch aufgrund ihrer hohen Kaufkraft als übertriebenes Argument.

Gefährdet nun die Misswirtschaft und nicht ausreichende Investitionstätigkeit von Gazprom die europäische Energiesicherheit? Die Beurteilung von KritikerInnen und die Angaben von Gazprom gehen hier weit auseinander. So kritisierte der Experte von Hermitage Capital Management und gleichzeitig Anwarter auf einen Sitz im Gazprom-Vorstand, Vadim Kleiner (2006), die Misswirtschaft und ungenügende Investitionen in die Exploration und Entwicklung neuer Felder bei gleichzeitig geschäftsfremden Kapitalanlagen. In einer Stellungnahme wies Gazprom die Kritik zurück und hob die Anwendung von unpräzisen und unvergleichbaren Daten hervor. Gleichzeitig begrüßte das Unternehmen die Bemühungen von AktieninhaberInnen, zur Effizienzsteigerung der Produktionsabläufe beizutragen (Kuprijanov 2006).

Auch die ExpertInnen-Meinungen im Hinblick auf die Investitionspolitik des russischen Gasunternehmens sind recht unterschiedlich. Götz (2009, 6) zufolge stimmt das Unterinvestitionsargument gar nicht. Hanson (2009, 41) argumentiert demgegenüber, Gazprom sei ungenügend in die Upstream-Aktivitäten involviert. Lediglich 3,9 von 20,1 Billionen US-Dollar seien 2007 für die Entwicklung großer Felder vorgesehen gewesen. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mitsamt der konjunkturbedingt sinkenden Energienachfrage und

niedrigen Rohstoffpreisen sind Wasser auf die Mühlen der *Worst-case*-Szenarien verschiedener Couleur.

Moskau sendet jedoch selbst widersprüchliche Signale. Anfang 2009 behauptete der Vorstandschef von Gazprom, Alexej Miller, das Unternehmen habe nicht vor, infolge der Wirtschaftskrise sein Investitionsprogramm zu kürzen. Doch bereits im Juli 2009 wurde der Beschluss getroffen, die Erschließung der Lagerstätte Bowanenkowskoje mit 4,9 Billionen Kubikmeter um ein Jahr zu verschieben.¹ Überdies soll das für 2009 geplante Investitionsprogramm mit ca. 30 Billionen US-Dollar um ca. 17 % auf 25 Billionen US-Dollar deutlich reduziert werden.²

Neben den kurzfristigen negativen Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit von Gazprom müssen auch andere Kriterien berücksichtigt werden, die für die Lieferungen in die EU relevant sind. Zum einen wurden die Investitionsentscheidungen im Zusammenhang mit der Situation auf dem Erdgasmarkt im Jahr 2009 korrigiert. Gleichzeitig wurde im Jahr 2009 ein weiterer Trend für Gazprom deutlich – die Erträge aus dem Gashandel in Russland stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 9,2 % auf ca. 43 Mrd. US-Dollar. Weitere Erhöhungen des Gaspreises auf dem Innenmarkt sollen zusammen mit den zu erwartenden Preissteigerungen für das Erdgas in der EU die Investitionssicherheit gewährleisten. Das Unternehmen scheint allerdings zunächst, bevor die Pipelines gefüllt werden, die Nachfragesicherheit gewährleisten zu wollen (Perovic 2009, 10).

Darüber hinaus verfügt das Unternehmen über mannigfaltige Einflussmöglichkeiten, um die notwendigen Exportvolumina für den europäischen Markt freizugeben. Neben der Preispolitik auf dem Binnenmarkt zählen die Zentralasienimporte und die steigerungsfähige Förderung durch unabhängige russische Gasproduzenten und Erdölgesellschaften dazu (vgl. Hanson 2009, 40f.; Riley 2006; Umbach 2007). So gelang es den unabhängigen Gasproduzenten zwischen 2000 und 2006 ihre Fördermengen um 63,9 % zu erhöhen. Unabhängige Unternehmen haben nach Einschätzungen von ExpertInnen nach wie vor ein beachtliches Produktionswachstumspotenzial (Bollinger-Kanne 2007, 136f.). Das Strategieprojekt der Energiesicherheit Russlands bis 2030 weist deutlich auf diese Aspekte hin. Überdies soll dem Strategieprojekt zufolge die Nutzung der Nuklearenergie und erneuerbaren Energien bis 2030 deutlich ansteigen. Es ist dahingehend wichtig, dass bis zu 70 % des Erdgases in Russland für die Elektrizitätserzeugung genutzt werden (vgl. Hanson 2009).

Es ist allerdings verfrüht zu behaupten, Gazproms Produktion genüge bereits jetzt nicht, um allen seinen Verpflichtungen nachzugehen, weshalb das Unternehmen auf das Gas aus Zentralasien angewiesen sei (vgl. Noël 2008, 5). Denn der Rückgriff auf die zentralasiatischen Exporte bleibt auch nach dem Preisanstieg des turkmenischen Gases eine distinkte unternehmensstrategische Entscheidung.³ Gazprom wird auch weiterhin daran gelegen sein, freie Gasvolumina in Zentralasien zu vertretbaren Preisen aufzukaufen und sich in der Region zu engagieren, um seine Marktdominanz in Eurasien zu behaupten (Hanay 2009). Mitrova (2008, 2) zufolge sind die zentralasiatischen Exporte, die Gasförderung durch russische unabhängige Gasproduzenten, die Steigerung der Energieeffizienz und die gemeinsame Erschließung der neuen Gasfelder mit europäischen Partnern ein Bestandteil einer neuen Strategie von Gazprom.

Es müssten überdies die Einsparpotenziale der russischen Gaswirtschaft mitberücksichtigt werden. Bei der Effizienzsteigerung der Rohstoffgewinnung und -nutzung würden die verpufften Mengen in mittelfristiger Perspektive dem europäischen Markt zugutekommen und damit die Versorgungssicherheit der EU verbessern. Die Russisch-Deutsche Energie-Agentur (RuDEA), welche im Juli 2009 gegründet wurde, hat konsequenterweise die Aufgabe, die Ausbeutung der

Rohstoffe und den Energietransport mit Unterstützung deutscher Technologie energieeffizienter zu gestalten (Viëtor 2009).

2.2 Unternehmensziele vs. gesamtwirtschaftliche Ziele

Der aus der sicherheitspolitischen Ressourcenrelevanz resultierende Verweis auf die Notwendigkeit politischer Marktregulierung suggeriert dessen Versagen und verstellt dergestalt den Blick auf wesentliche Aspekte der Energiewirtschaft sowie die Position russischer Unternehmen auf dem Energiemarkt (Götz 2007a, 6; Götz 2009, 4). Überdies hält das Verwundbarkeitsargument einer genauen Überprüfung nicht stand.

Russlands Anteil an europäischen Gasexporten schrumpfte in zwanzig Jahren von ca. 75 % Anfang der 1990er auf knapp 40 % fast um die Hälfte. Noch deutlicher wird der Trend mit Blick auf den Anteil russischen Erdgases am Primärenergieverbrauch der EU (6,5 %). Demgemäß werden 93,5 % des in der EU verbrauchten Erdgases aus anderen Quellen gedeckt (Noël 2008, 5). Diese Relation muss auch dann beachtet werden, wenn man darauf hinweist, dass das Produktionswachstum russischen Gases mit 0,8 % zwischen 2000 und 2005 dem europäischen Verbrauchswachstum von 2,3 % hinterherhinkt (Hanson 2009, 41). Die Abhängigkeit der EU von russischen Erdgasexporten gestaltet sich allerdings sowohl geografisch als auch quantitativ durchaus unterschiedlich.

Die sicherheitspolitisch motivierte Debatte über die „asymmetrische Abhängigkeit“ verkennt vor allem wirtschaftliche Symmetrien, d.h. die Abhängigkeit Russlands von seinen Energieexporten in den Westen. So erwirtschaftet der russische Energiesektor der World Bank zufolge 20 % des nationalen BIP, 60 % der ganzen Exporteinnahmen und tätigt ca. 30 % der gesamten Direktinvestitionen (Perovic 2009, 7). Gazprom ist Russlands größter Energiekonzern, der sein Erdgas zu ca. 80 % nach Europa liefert und dadurch einen Großteil des Staatshaushaltes finanziert. Der Anteil des Gasunternehmens am nationalen BIP beträgt ca. 10 % (vgl. Gazprom 2008). Dabei erwirtschaftet es mit Exporten, die ungefähr 50 % ausmachen, den Großteil seiner Gewinne.

Allein die numerische Relation zeigt auf, dass Gazprom und die russische Wirtschaft mehr vom europäischen Markt abhängig sind, als es die Energiesicherheitsdebatte suggeriert. Auch in Zukunft wird das Gros der russischen Energieexporte wegen des vorhandenen Leitungssystems Richtung Westen fließen. Daher ist die Abhängigkeit durchaus symmetrisch bzw. reziprok. Die fixe Transportinfrastruktur, die das Unternehmen an europäische Kunden bindet, machen Gazprom darüber hinaus von seinem Ruf als verlässlichem Lieferant abhängig (vgl. Aalto 2009; Closson 2009; Götz 2009).

Die KritikerInnen bemängeln allerdings, dass es aufgrund der zu hohen Abhängigkeit vom russischen Gas keine Möglichkeit gebe, dieses „in relevanten Mengen von einem anderen Anbieter zu beschaffen“, wenn Moskau nicht liefern sollte (Müller 2006, 15). Die jüngsten Lieferengpässen infolge des Preisstreites zwischen der Ukraine und Russland scheinen diese Erkenntnis zu bestätigen. Dennoch blendet diese – sich nur zum Teil bewahrheitet habende – Problemdiagnose eine Reihe von für die Energieversorgungsdiskussion relevanten Variablen aus. Bekanntlich waren in der EU zu jedem Zeitpunkt der Versorgungskrise von 2009 ausreichende Gasmengen vorhanden. Diese konnten allerdings wegen der fehlenden Pipelineverbindungen und Koordinierungsinstanzen nur mit erheblichen Verzögerungen in die Länder transportiert werden, die von Versorgungsstörungen besonders betroffen waren (Geden 2009, 2). Die Liefer-

unterbrechung verdeutlichte dergestalt nicht nur eine mangelhafte Eigenvorsorge der in Mitleidenschaft gezogenen Länder, sondern auch die unzureichende Flexibilität des europäischen Energiebinnenmarktes.

Aus einer angeblich vorhandenen Asymmetrie leiten AnhängerInnen des Verwundbarkeits-szenarios ein großes politisches Machtpotenzial für Russland ab: „Schon die Drohung mit einem Lieferstopp hat selbst dann gewaltige gesamtwirtschaftliche Effekte und erzeugt gesellschaftliche Schockwellen, wenn sie nur für ein paar Wochen oder Monate wahr gemacht wird. [...] Umgekehrt ist die Drohung mit einem Zahlungsstopp oder dessen Realisierung kein Instrument, das auf der Lieferseite nachhaltige Spuren hinterlässt.“ (Müller 2006, 23, vgl. Hubel 2007, 125) Die Asymmetrie-These lässt jedoch eine Reihe von Mechanismen außer Acht, die den Anreiz einer einseitigen Lieferunterbrechung unterbinden. Die wichtigste Variable ist hierbei die Struktur des Gasmarktes und die ökonomische Logik (vgl. Goldthau/Geden 2007, 64).

Außerdem käme eine willkürliche, politisch motivierte Unterbrechung der Gaslieferungen durch Gazprom einem Wirtschaftskrieg gegen Europa und somit „dem Schaufeln seines eigenen Grabes“ gleich (Götz 2007c, 22). Vor allem die Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft Russlands wären verheerend. Die „Schließung“ der internationalen Finanzmärkte für russische Unternehmen, das Ende der Modernisierungspartnerschaft mit dem Westen und der Verlust der europäischen Marktanteile wären die vorhersehbaren Folgen eines Gaskrieges. „Westliche und russische Anleger würden ihr Kapital aus Russland abziehen, es käme zu einem Kurssturz der russischen Aktien und einem Absturz des Rubelkurses [...]“ (Götz 2008, 126; vgl. Monaghan 2007) Es ist nicht nachvollziehbar, warum Moskau solch eine Gefahr für die eigene Wirtschaft in Kauf nehmen sollte. Die Annahme, Gazprom würde aus politischen Erwägungen seine lukrativen Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Energieunternehmen aufs Spiel setzen, entbehrt jeder wirtschaftlichen Logik.

Russische Energieexporte taugen überdies aus mindestens zwei Gründen nicht als Erpressungsmittel. Für die rohstofforientierte Wirtschaft Russlands fallen diese zum einen schwer ins Gewicht. Während der europäische Rohstoffbezug diversifiziert ist, verfügt Russland zum anderen über sehr begrenzte Lieferalternativen. Auch solche Transitstaaten wie die Ukraine, Weißrussland und Polen sind angesichts großer Transitmengen und kaum vorhandener Alternativen kaum erpressbar (Götz 2008, 125). Die Streitigkeiten zwischen Moskau und Minsk bzw. Kiew haben eher die umgekehrte Abhängigkeit Gazproms von den Transitländern verdeutlicht.

2.3 Abhängigkeit der EnergiekonsumentInnen

Ein weit verbreitetes Missverständnis in der aktuellen Versorgungssicherheitsdebatte besteht in der gängigen Praxis, aus einer rein numerischen Abhängigkeit eines Landes auf seine politische Verwundbarkeit zu schließen (Götz 2007a, 69; Noël 2008, 13; Westphal 2009, 23; Aalto 2009). So betonen die AutorInnen beispielsweise eine „übermäßige“ bzw. „enorme“ Abhängigkeit mittelosteuropäischer Staaten von den russischen Energierohstofflieferungen, die zwischen 80 und 100 % liegen, – eine Gefahr, die nicht oft genug hervorgehoben werden kann. Denn die Beispiele der Ukraine und Weißrusslands hätten gezeigt, wie schnell die Abhängigkeit vom Kreml instrumentalisiert werden kann (Bastos/Schuch 2008, 317). Hierbei wird nicht nur der geringe Erdöl- bzw. Erdgasanteil in der Energiebilanz dieser Staaten übersehen, sondern es werden auch die Einfuhrmengen überschätzt, die im Ernstfall aus europäischen Quellen (Erdgas) bzw. auf dem Weltmarkt (Erdöl) beschafft werden könnten. Dergestalt klammern die Krisenszenarien das

Verhältnis der Importabhängigkeit zur Eigenproduktion bzw. zum Anteil des Gases am Primärenergiemix aus (Noël 2008, 13).

Eine mit einer rein numerischen Abhängigkeit operierende Problemanalyse ignoriert außerdem die Besonderheiten der Märkte für Erdöl und -gas. Der flexible Erdölmarkt bietet zahlreiche Bezugsquellen und Transportmöglichkeiten. Daher könnten die russischen Lieferungen ersetzt werden. Dass die baltischen und mitteleuropäischen Länder das Öl aus Russland importieren, liegt nicht an der begrenzten Auswahl an Lieferländern, sondern hängt mit den günstigeren Preisen der Marke Urals und historischen Entwicklungen zusammen (Wassenberg 2008, 244; Lang 2006, 3).

Der Erdgasmarkt ist demgegenüber nicht so flexibel wie der Ölmarkt. Daher zementieren die branchenspezifischen Geschäftspraktiken mittel- bzw. langfristige Liefer- und Abnahmeverpflichtungen (*Take-or-pay*-Klauseln), die die Stabilität der Lieferanten-Abnehmer-Beziehungen realisieren sollen (Finon/Locatelli 2007, 29). In der Gaswirtschaft entspricht dem Versorgungssicherheitsgedanken auf der Abnehmerseite das legitime Lieferanteninteresse an der Nachfragesicherheit (Geden 2008, 3; Closson 2009, 96). Das starre Leitungssystem soll somit ein gegenseitiges, reziprokes Abhängigkeitsverhältnis schaffen.

Obwohl die momentane Interdependenz wirtschaftlich und politisch gesehen eine *Win-win*-Situation für beide Seiten darstellt, ist die Kooperation im Gasbereich besonders anfällig für ein „Energiesicherheitsdilemma“ (Monaghan 2006, 6).

3. Interessenkonflikte in der Energiepolitik Russlands, Polens und Deutschlands

3.1 Russische Interessen: Diversifizierung der Exportwege und Marktdominanz

Gazprom exportiert bis zu 50 % seines Gases und knapp achtzig Prozent seiner Exporte gehen nach Westeuropa (vgl. Gazprom 2008). Etwa 80 % des in die EU gelieferten Erdgases verläuft dabei über die Ukraine. Russland ist hochgradig vom europäischen Markt abhängig und seine Energieunternehmen sehen die Nachfragesicherheit in der EU nicht als selbstverständlich gegeben. Daher strebt Gazprom eine Strategie der doppelten Diversifizierung an. Diese zielt auf einen doppelten Abhängigkeitsabbau seiner Energielieferungen: zum einen von den Transitländern (Transportdiversifizierung) und zum anderen vom europäischen Markt. Gleichzeitig strebt Russland die Erhöhung seiner Erdgasexporte unter Umgehung von Transitländern nach Westeuropa und Richtung Asien an (Götz 2007d).

Im Erdölbereich werden Pipelineprojekte betrieben, die es ermöglichen sollen, den asiatischen Absatzmarkt zu erschließen (Engerer 2008, 120). Auch der Gasexport wird nach Osten (China/Südostasien) durch (Direkt-)Pipelines und den LNG-Transport aufgenommen bzw. geplant (Götz 2008, 119f., Poussenkova 2009, 150). Um seine Transportkapazitäten in Richtung Westen zu erhöhen und gleichzeitig die Exportlieferungen von der Binnenversorgungsinfrastruktur der Transitländer abzukoppeln, versucht Gazprom direkte Verbindungen zu europäischen Abnehmern zu schaffen (*North Stream*, *South Stream* bzw. *Blue Stream II*). Die unternehmensstrategischen Zielsetzungen sind dabei auf die Marktbeherrschung, die Verdrängung von potenziellen MitbewerberInnen aus Zentralasien und dem Mittleren Osten sowie auf die Erhöhung der Verhandlungsmacht gegenüber Transitländern gerichtet (Götz 2008, 120; Engerer 2008, 124f.). Gleichzeitig werden die Transitleistungen an die aus Moskauer Sicht „guten“, berechenbaren PartnerInnen delegiert.

Zwar wählt Gazprom im Falle einer Ostseepipeline nicht die billigste Lösung, denn die Offshore-Pipelines kosten deutlich mehr als die Landesleitungen. Dennoch stärkt diese Pipeline die russische Position wie alle anderen Optionen zusammengenommen. Eine Modellrechnung von Hubert/Ikonnikova (2003, 7f.) hat ergeben, dass mit der Fertigstellung der *North-Stream*-Pipeline die Gewinnanteile von Gazprom auf 80 % steigen würden, während die Ukraine und Polen mit jeweils 13 und 7 % Gewinneinbußen hinnehmen müssten. Vor diesem Hintergrund erscheint die Strategie von Gazprom als gewinnmaximierendes Verhalten, das es dem Unternehmen ermöglichen soll, die Gewinnverteilung aus dem Gasexport zu seinen Gunsten zu verändern (Götz 2007d, 6; vgl. Larsson 2006, 18f.).

Die durch die EU-Kommission und einige Mitgliedstaaten (darunter Litauen und Polen) favorisierte „Gazprom-Klausel“ vereitelt das unternehmensstrategische Ziel des russischen Gasmonopolisten, sich im Endkundensegment zu engagieren. Zwar ist es Gazprom gelungen, in Frankreich und Belgien ins Downstream-Geschäft einzusteigen (Engerer 2008, 125f.). Dennoch läuft die Gegenseitigkeitsklausel des dritten Energiepakets der Absicht von Gazprom zuwider, seinen Anteil auf dem EU-Markt zu vergrößern.

3.2 *Polens Interessen: Importdiversifizierung und Versorgungssicherheit durch Transit*

Die polnische Wahrnehmung des postsowjetischen Russlands fußt nach wie vor auf einem Bedrohungskonzept. Zwar hat die Kategorie „Bedrohung“ einen hypothetischen, subjektiven Charakter, dennoch sorgt die Interpretation russischer Absichten aus historischer Perspektive für einen weitgehenden innenpolitischen Konsens: „Polen fühlt sich nach wie vor bedroht und ist daher auf der Suche nach Sicherheitsgarantien [...]“ (Wassenberg 2008, 239)

Der Preisstreit zwischen Gazprom und Minsk im Februar 2004 und der im Anschluss darauf erfolgte Gaslieferstopp schlug daher in Warschau hohe Wellen. Polen wurde sich seiner Abhängigkeit von und Verwundbarkeit durch russische Energieträger wieder einmal bewusst. Seitdem befindet sich Warschau im „Zustand permanenter Alarmbereitschaft“ (Lang 2007, 6). Die nachfolgenden Streitigkeiten Gazproms mit den Transitländern haben Polens Misstrauen gegenüber der russischen Energiepolitik aufs Neue bestätigt und den „balancing the Russian threat“-Imperativ wieder aktuell erscheinen lassen (Wassenberger 2008, 246). „Es ist offenkundig, dass Polens energiepolitischer Diskurs ‚versicherheitlicht‘ ist. Dies belegt allein schon die Omnipräsenz des Faktors Russland in nahezu allen energiepolitischen und -wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, in die das Land verwickelt ist.“ (Lang 2007, 26)

Die polnische Energiepolitik ist in erster Linie Russland- und – daraus resultierend – Sicherheitspolitik. Die Abhängigkeit von russischen Rohstoffimporten erweist sich für Polen als wesentliche Determinante seiner energie- und europapolitischen Initiativen. Die Wahrung der energiepolitischen Interessen prägt demnach weitgehend die polnische Staatsräson (ebd.; vgl. Frank 2007).

Drei Schlüsselereignisse bestätigen diese Erkenntnis: Zum einen sei an die scharfe Reaktion Polens auf den deutsch-russischen Vorstoß für eine Ostseepipeline erinnert, die im durch den polnischen Verteidigungsminister Radek Sikorski 2006 bemühten Vergleich mit dem Hitler-Stalin-Pakt kulminierte (vgl. Miodek 2009, 295). Dies bestätigt gleichzeitig, dass die bilateralen Beziehungen zu Russland im Kontext der Versorgungssicherheit als Indikator für das deutsch-polnische Verhältnis bewertet werden.

Zum anderen versuchte Polen gemeinsam mit Litauen seine Zustimmung zur Neuverhandlung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland (2006) an die Ratifizierung der Energiecharta zu knüpfen. Dieser weitgehend gescheiterte Versuch offenbart mit aller Deutlichkeit, welch prominenten Platz die Russlandpolitik im energiepolitischen Referenzrahmen Polens besitzt (Frank 2007, 294). Und schließlich manifestierte sich der Russlandbezug polnischer Energie- und Sicherheitspolitik in einem nach dem russisch-ukrainischen Gasstreit vorgeschlagenen *Europäischen Pakt der Energiesicherheit*.

Eines der wichtigsten Gebote polnischer Sicherheitspolitik stellt die Reduktion der Abhängigkeit in der Gasversorgung dar (Aalto 2009, 171; Kopysc 2007; Gołębiewska 2007, 248). So hieß es im Regierungspapier „Energiepolitik bis 2020“: „[...] non-diversified deliveries of natural gas to Poland are currently the most fundamental threat to country's energy security. At the moment, approximately 57% of the gas supply comes from Russia, delivered via pipelines ending in Poland“ (Ministry of Economy 2000, 15). Polen ist dementsprechend bestrebt, die perzipierte Abhängigkeit von russischen Lieferungen zu minimieren (Gołębiewska 2007, 248; Lang 2007, 6).

Um die energiewirtschaftlichen Asymmetrien im Verhältnis zu Moskau zu reduzieren, greift die polnische Regierung auf eine Reihe von strategischen Maßnahmen zurück. Zum einen bemüht sich Warschau um die Diversifizierung von Lieferwegen für die besonders unflexiblen Erdgasimporte (Gołębiewska 2007, 247). Zum anderen sucht Warschau den Einfluss von externen, in erster Linie russischen Energiekonzernen auf dem heimischen Markt zu begrenzen, indem der Staat von seinem Vetorecht Gebrauch macht (Lang 2007, 5). Dergestalt soll das „Risiko einer feindlichen Übernahme von Wirtschaftssubjekten“ gemindert werden, wie es im Papier *Policy of the Government of the Republic of Poland for the Petroleum Industry* heißt (Kopysc 2007, 3; Lang 2007, 16f., Wassenberg 2008, 251). So hat die Regierung dem im März 2007 veröffentlichten Papier *Policy of the Government of the Republic of Poland for the Gas Industry* zufolge die weitere Privatisierung der Polnische Erdölbergbau und Gas-Aktiengesellschaft (PGNiG) blockiert, um die Diversifizierungspläne im Energiesektor nicht zu gefährden (Kopysc 2007). Mit dem energiepolitischen Leitprinzip „Diversifizierung vor Liberalisierung“ ist auch der Vorrang der Energiesicherheit vor den Fragen der Wettbewerbsfähigkeit und der Nachhaltigkeit zu erklären (Frank 2007, 295).

Eine weitere Strategie, die die Energiepolitik durch außen- und ostpolitische Ziele flankiert, setzt die Wahrung geopolitischer Pluralität auf regionaler Ebene voraus (Aalto 2009, 172; Lang 2006, 4; Lang 2007, 18). Darüber hinaus setzt sich Warschau für den Pipelinebau zum Transport kaspischer Ressourcen unter Umgehung Russlands ein (Ochmann 2007, 4). Dazu gehört neben dem Nabucco-Projekt die 2002 fertiggestellte Leitung „(Odessa-)Brody-Płock“, die die polnische Versorgungssicherheit verbessern soll.

Dem Leitprinzip „Weniger Dependenz durch mehr Interdependenz“ entspricht die Strategie, die Transitmacht Polens auszubauen und dadurch der russischen Transportdiversifizierung durch zusätzliche Pipelines auf eigenem Territorium entgegenzuwirken (Lang 2007, 22; Frank 2007, 296). Dennoch verliert Polen als Transitland zunehmend an Bedeutung. Die Wahrscheinlichkeit, dass Gazprom die geplante Jamal-II-Leitung – auch aufgrund der angespannten politischen Lage im postsowjetischen Raum – über polnisches Territorium verlegt, ist angesichts der getätigten Investitionen in die alternativen Transportrouten gering. Da die geplante Ostseepipeline Polen als Transitland schwächt, versucht Warschau dieses Projekt zu blockieren. Denn die Ausweitung ihrer Kapazitäten könnte die Jamal-Pipeline überflüssig machen (vgl. Aalto 2009, 172; Gołębiewska 2007, 254f.).

Überdies bestätigt die Stilllegung einer Abzweigung der Družba-Pipeline nach Lettland und Litauen im Zusammenhang mit dem Baubeginn einer zweiten Leitung des Baltischen Transportsystems (BTS-2), dass Polen im Transitzkampf schlechte Chancen hat (Götz 2009, 9, Lang 2007, 24). Ob Polen seinen Status als Transitland erhalten, geschweige denn ausbauen kann, ist auch deshalb fraglich, weil ein vorwiegendes Interesse Berlins an der Ostseepipeline im Gegensatz zum polnischen Ansatz der Transitinterdependenz besteht.

3.3 Deutschlands Interessen: Diversifizierung und Direktverbindungen

Trotz der divergierenden parteipolitischen Präferenzen und kritischer Auseinandersetzungen um die zukünftigen Partnerschaftsmodelle mit Moskau etablierte sich in Deutschland ein weitgehender Konsens hinsichtlich der Schlüsselrolle Russlands bei der Energieversorgung. Russland ist und bleibt nach Worten des damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier (2007, 9) der Schlüsselfaktor in der Energieversorgung, „vor allem im Gasbereich“.

Im Gegensatz zu Polen beurteilt die deutsche Politik die Entwicklungen im Osten nicht nach geopolitischen und sicherheitspolitischen Kriterien und teilt nicht den auf einer Kombination von *Containment* und Konditionalität basierenden russlandpolitischen Ansatz Warschaus (Lang 2008, 128). „Strategien des ‚Containment‘, des indifferenten Nebeneinanders oder der nur selektiven Kooperation mit Russland, wie sie mitunter als Rezept für den Umgang mit einem außenpolitisch selbstbewussten, manchmal sehr eigenwillig auftretenden Russland empfohlen werden, sind jedenfalls nicht im europäischen Interesse“, so Steinmeier (2007, 9).

Deutschland ist daran gelegen, die eigene und die europäische Energiesicherheit mit und nicht vor bzw. gegen Russland zu schaffen. Konsequenterweise favorisiert Berlin auch in seiner Sicherheitspolitik einen kooperativen Ansatz gemeinsamer Energiesicherheit. Im polnischen Institutionalisierungsvorschlag der europäischen Energiepolitik, der auf größeren Anklang in Ostmitteleuropa als in Westeuropa stieß, spiegeln sich neben den unterschiedlichen Zukunftsvisionen europäischer Energiesicherheitspolitik gleichzeitig die konträren Bedrohungsperzeptionen des „alten“ und „neuen“ Europas (Frank 2007, 300f.).

Im Gegensatz zu den RusslandskeptikerInnen im „neuen“ Europa setzt sich die deutsche Wirtschaft und Politik für eine Stabilisierung russischer Energieimporte und den Ausbau der „engen und gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland in beiderseitigem Interesse [...]“ ein (Steinmeier 2008, 2). Anstatt die gegenseitige Abhängigkeit reduzieren zu wollen, strebt Berlin die intelligente Gestaltung jener an und plädiert für die Befestigung der gegenseitigen Investitionen im Energiesektor. Während Polen mit all den vorgestellten Strategien versucht, den erpressungstauglichen Energiebereich im bilateralen Verhältnis mit Russland auszuklammern, gehört die Vertiefung der energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau zum Kernelement einer spezifischen Partnerschaft (Lang 2007, 30).

Darüber hinaus sprach sich die Bundesregierung in ihrem Bericht zur Öl- und Gasmarktstrategie für die Fortführung eines marktorientierten dreistufigen Ansatzes aus. Demnach sind „primär die Unternehmen, dann die EU-Mitgliedstaaten und erst wenn nötig die EU“ für die Energieversorgung verantwortlich (BMWi 2008, 48). Der Unterschied zwischen den deutschen und polnischen energiepolitischen Grundsätzen liegt darin begründet, dass Deutschland seine Energieversorgung über Jahrzehnte unter innen- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten betrachtet hat (Hacke 2007, 21). Zwar wurde nach dem Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine im Jahr 2006 die Energiesicherheit erstmals als politische Querschnittsaufgabe im Strate-

giepapier des Auswärtigen Amtes *Thesen zur Energiesicherheitspolitik. Beitrag der deutschen Außenpolitik* angesprochen. Dennoch ist die Bundesregierung nicht von den marktgerechten Maßnahmen abgerückt. Bedingt durch das wirtschaftlich angelegte „beherrschende Motiv der deutschen Energiepolitik“ ist die Berliner Außenpolitik im Gegensatz zum sicherheitspolitischen Ansatz Warschaws an der „Förderung privatwirtschaftlicher und firmenstrategischer Interessen und [der] Unterstützung deutsch-russischer Unternehmenskooperation“ interessiert (Lang 2007, 30).

Besonders relevant für die inneneuropäische Auseinandersetzung mit den energiepolitischen Fragen und für das angeschlagene deutsch-polnische Verhältnis ist die deutsche Routenpolitik, die zum einen das vorrangige Gebot polnischer Außenpolitik – „Keine Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg“ – verletzt und zum anderen all seine Diversifizierungsbemühungen zu konterkarieren droht (Frank 2005, 8; Miodek 2009, 300f.). Denn Polen ist daran gelegen, seine Transitmacht gegenüber Russland zu festigen. Deutschland ist hingegen bestrebt, mit seiner Pipelinepolitik die Abhängigkeit von Transitländern zu reduzieren, um in Zukunft nicht zur Geisel ihrer Streitigkeiten mit Moskau zu werden (Lang 2007, 30; Larsson 2006, 20).

4. Fazit

Die hier vorgestellten Argumente hinsichtlich der bedrohlichen Energieabhängigkeit der EU sind nicht neu. Bereits 1977 veröffentlichte der amerikanische Geheimdienst CIA drei aufsehenerregende Berichte über die angeblich bevorstehende Rohstoffknappheit in der UdSSR und warnte, Moskau würde die Öl- und Gaslieferungen nach Westeuropa entweder unterbrechen müssen, um die sozialistischen Bündnispartner beliefern zu können, oder die Exporte gänzlich einstellen (Perovic 2009, 2). Das Bedrohungsszenario und die Argumentationslage haben sich danach nur in unwesentlichen Details verändert. Die Neuauflage der sicherheitspolitisch angelegten Energiedebatte zeichnet sich jedoch durch eine neue Intensität aus, mit der die *Worst-case*-Szenarien ins Spiel gebracht werden.

Der auf Versorgungsschwierigkeiten und Verteilungskonflikte gerichtete Blick lässt dabei eine Reihe von Gegenargumenten unberücksichtigt, die zur Mäßigung in der übersensibilisierten Versorgungssicherheitsdebatte beitragen könnten. Diese gelten in den sicherheitspolitischen Analysen allerdings als entmystifiziert.

Wie im vorliegenden Beitrag gezeigt wurde, beruhen die „versicherheitlichten“ Hypothesen selbst auf einer fragwürdigen empirischen Basis und sind lediglich als Bestandteil eines „Alltagsmythos“ verifizierbar. Um die Problemwahrnehmung abzusichern, bedient sich der sicherheitspolitisch motivierte Versorgungssicherheitsdiskurs bekannter Strategien, zu denen vor allem dramatisierende Statistiken sowie die selektive Auswahl von Fallbeispielen zählen.

Es ist festzustellen, dass die gängigen Bedrohungsszenarien größtenteils die faktische Reziprozität in den Energiebeziehungen zwischen der EU und Russland ausblenden sowie das Störpotenzial Moskaus überdimensionieren. Die energiewirtschaftliche Logik wird dabei außer Acht gelassen (Götz 2008, 126; Guillet 2007, 21; Finon/Locatelly 2007, 29). Darüber hinaus sind grundsätzliche Unterschiede im Sicherheitsgedanken auf der russischen und europäischen Seite festzuhalten. Während Gazprom die Energiesicherheit als Nachfragesicherheit zusammen mit wirtschaftlich vertretbaren Preisen auslegt, verstehen die europäischen Abnehmerstaaten unter der Versorgungssicherheit vor allem die Energie- und Transportdiversifizierung. Da die Beziehung Russlands mit manchen europäischen Staaten in vielerlei Hinsicht von Missverständnissen geprägt ist, begeben sich die Partner zunehmend auf dem Pfad eines Sicherheitsdilemmas.

Die aktuelle Versorgungssicherheitspolitik der neuen EU-Mitglieder wie zum Beispiel Polen besteht größtenteils in der Gleichsetzung von Versorgungssicherheit und Energieaußenpolitik und daraus resultierend in der energiepolitischen Fixierung auf den vermeintlichen Störfaktor Russland. Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Risikoabsicherung auf dem europäischen Energiebinnenmarkt könnten die Ängste vieler Mitglieder der EU zerstreuen und die Versorgungssicherheitsdebatte versachlichen (Geden 2009, 3f.).

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. <http://gazprom.ru/press/news/2009/june/article66385/>.
- 2 Vgl.: <http://gazprom.ru/press/news/2009/september/article67584/>.
- 3 Vgl. <http://gazprom.ru/strategy/energetics/>.

LITERATURVERZEICHNIS

- Aalto*, Pami (2009). European perspectives for managing dependence, in: Jeronim *Perovic*/Robert W. *Ortung*/Andreas *Wenger* (Hg.): Russian Energy Power and Foreign Relations. Implications for conflict and cooperation, London, 157–180.
- Baran*, Zeyno (2007). EU Energy Security: Time to End Russian Leverage, in: The Washington Quarterly, Vol. 30(4), 131–144. Internet: http://www.twq.com/07autumn/docs/07autumn_baran.pdf.
- Bastos*, Stephen/Gereon *Schuch* (2008). Zwischen europäischer Solidarität und Bilateralisierung: Polen und Ungarn, in: Josef *Braml*/Karl *Kaiser*/Hanns W. *Maull*/Eberhard *Sandschneider*/Klaus-Werner *Schatz* (Hg.): Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik. Jahrbuch Internationale Politik 2005/2006, München, 317–321.
- Bollinger-Kanne*, Josephine (2007). Gazproms Ambitionen und europäische Mission, in: Reinhard C. *Meier-Walser* (Hg.): Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung, München, 135–152.
- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe* (BGR) (2008). Kurzstudie Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2007, Hamburg. Internet: http://www.bgr.bund.de/cln_101/nn_330718/DE/Themen/Energie/Downloads/Energiestudie_Kurzf_2007,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Energiestudie_Kurzf_2007.pdf.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie* (BMWi) (2008). Bericht der Bundesregierung zur Öl- und Gasmarktstrategie, Berlin. Internet: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/B/bericht-der-bundesregierung-zur-oel-und-gasmarkt-strategie,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- Closson*, Stacy (2009). Russia's key customer: Europe, in: Jeronim *Perovic*/Robert W. *Ortung*/Andreas *Wenger* (Hg.): Russian Energy Power and Foreign Relations. Implications for conflict and cooperation, London, 89–108.
- Cohen*, Ariel (2007). Europe's Strategic Dependence on Russian Energy, in: Backgrounder, No. 2083. Internet: http://www.heritage.org/Research/Europe/upload/bg_2083.pdf.
- Engerer*, Hella (2008). Russlands Energieexporte. Potentiale, Strategien, Perspektiven, in: Osteuropa, Vol. 11(58), 111–128.
- Finon*, Dominique/Catherine *Locatelli* (2007). Russian and European gas interdependence. Can market forces balance out geopolitics? Grenoble, Internet: <http://halshs.archives-ouvertes.fr/docs/00/17/84/29/PDF/Cahier41bis.pdf>.
- Frank*, Cornelia (2007). Polens Energiepolitik und der Vorschlag zur Energie-NATO: Einer für alle, alle für einen?, in: Reinhard C. *Meier-Walser* (Hg.): Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung, München, 293–304.
- Gazprom* (2008). Gazprom v cifrach, Moskau.
- Geden*, Oliver (2008). Mehr Pragmatismus, weniger Geopolitik. Effiziente Ansätze für die Energieversorgungssicherheit der EU, Berlin. Internet: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5505.
- Geden*, Oliver (2009). Effektive Gaskrisenvorsorge in Europa, Berlin. Internet: http://swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6249.
- Geden*, Oliver/Andreas *Goldthau*/Timo *Noetzel* (2007). „Energie-NATO“ und „Energie-KSZE“ – Instrumente der Versorgungssicherheit? Die Debatte um Energieversorgung und kollektive Sicherheitssysteme, Berlin. Internet: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3959.

- Goldthau, Andreas/Oliver Geden* (2007). Europas Energieversorgungssicherheit – ein Plädoyer für einen pragmatischen Ansatz, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Vol. 4, 58–73. Internet: http://www.fes.de/IPG/2007/4/06_Goldthau_Geden_D.pdf.
- Gołębiewska, Marcelina* (2007). Poland's Energy Policy, in: *Polski Instytut Spraw Międzynarodowych* (Hg.): *Yearbook of Polish Foreign Policy*, 237–255.
- Götz, Roland* (2007a). Ist Europas Energieversorgungssicherheit wirklich bedroht?, in: *Reinhard C. Meier-Walser* (Hg.): *Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung*, München, 67–84.
- Götz, Roland* (2007b). Die Debatte um Europas Energieversorgungssicherheit, Berlin. Internet: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3855.
- Götz, Roland* (2007c). Russlands Erdgas und Europas Energiesicherheit, Berlin. Internet: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4234.
- Götz, Roland* (2007d). Gasproms Diversifizierungsstrategie der Exportpipelines und Exportrichtungen, Berlin. Internet: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3982.
- Götz, Roland* (2008). Energiepotentes Russland, in: *Josef Braml/Karl Kaiser/Hanns W. Maull/Eberhard Sandschneider/Klaus-Werner Schatz* (Hg.): *Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik. Jahrbuch Internationale Politik 2005/2006*, München, 116–126.
- Götz, Roland* (2009). Pipeline-Popanz. Irrtümer der europäischen Energiedebatte, in: *Osteuropa*, Vol. 1(59), 3–18.
- Guillet, Jérôme* (2007). Gazprom as a Predictable Partner. Another Reading of the Russian-Ukrainian and Russian-Belarusian Energy Crises, Paris. Internet: http://www.ifri.org/files/Russie/ifri_Gazprom_guillet_anglais_mars2007.pdf.
- Hacke, Christian* (2007). Deutsche Energiesicherheit als nationale und zugleich gemeinsame Aufgabe im Zeichen neuer Unsicherheiten, in: *Reinhard C. Meier-Walser* (Hg.): *Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung*, München, 21–30.
- Hanson, Philip* (2009). The sustainability of Russia's energy power: implications for the Russian economy, in: *Jeronim Perovic/Robert W. Ortung/Andreas Wenger* (Hg.): *Russian Energy Power and Foreign Relations. Implications for conflict and cooperation*, London, 23–50.
- Hubel, Helmut* (2007). Energie-Interdependenz mit Russland – Deutschland zwischen bilateraler Sonderbeziehung und Solidarität mit seinen EU- und NATO-Partnern, in: *Reinhard C. Meier-Walser* (Hg.): *Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung*, München, 123–134.
- Hubert, Franz/Svetlana Ikonnikova* (2007). Investment Options and Bargaining Power in the Eurasian Supply Chain for Natural Gas, Berlin. Internet: <http://www2.wiwi.hu-berlin.de/hns/publications/Bargaining-Power-Options.pdf>.
- Kleiner W.* (2006). Korporativnoe upravlenije i effektivnost' dejatel'nosti kompanii (na primere OAO „Gazprom“), in: *Voprosy ekonomiki* Vol. 3, 90–103.
- Knothe, Danko* (2008). Energiesicherheit: Analytische Unzulänglichkeit eines Modebegriffs, Halle. Internet: <http://rode.politik.uni-halle.de/files/ib/IBP01-08.pdf>.
- Kopysc, Adam* (2007). Poland's energy security: Dealing with Russia, Warschau. Internet: <http://www.iags.org/n022908.htm>.
- Kuprijanov, S.* (2006). Otvet „Gazproma“: kritika effektivna, kogda ona obosnovana, in: *Voprosy ekonomiki* Vol. 3, 104–110.
- Lang, Kai-Olaf* (2006). Mit Sicherheit – Polens Energiepolitik zwischen europäischer Solidarität und russischer Abhängigkeit, in: *Polen-Analysen 02/06*, Berlin, 2–6. Internet: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen02.pdf>.
- Lang, Kai-Olaf* (2007). Polens Energiepolitik. Interessen und Konfliktpotentiale in der EU und im Verhältnis zu Deutschland, Berlin. Internet: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4059.
- Lang, Kai-Olaf* (2008). Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale, in: *Thomas Jäger/Daria W. Dylla* (Hg.): *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, Berlin, 123–136.
- Larsson, Robert L.* (2006). Sweden and the NEGP. A Pilot Study of the North European Gas Pipeline and Sweden's Dependence on Russian Energy, Stockholm. Internet: <http://www2.foi.se/rapp/foir1984.pdf>.
- Meier-Walser, Reinhard C.* (2007). Zur Einführung: Energieversorgung als politische Querschnittsaufgabe, in: *Reinhard C. Meier-Walser* (Hg.): *Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung*, München, 7–20.
- Ministry of Economy* (2000). Guidelines for Energy Policy of Poland Until 2020, Warsaw.
- Miodek, Marcin* (2009). „Das ist ein neuer Ribbentrop-Molotov-Pakt!“ Eine historische Analogie in Polens Energiedebatte, in: *Osteuropa*, Vol. 7–8(59), 295–306.
- Mitrova, Tatiana* (2008). Gazprom's Perspective on International Markets, in: *Russian analytical digest* 41/08, 2–6. Internet: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/details.cfm?lng=en&id=55592>.
- Monaghan, Andrew* (2006). Russia-EU Relations: An emerging Energy Security Dilemma. Internet: <http://www.carnegeendowment.org/files/EmergingDilemma1.pdf>.

- Monaghan, Andrew (2007). Russia and the Security of Europe's Energy Supplies: Security in Diversity? London. Internet: [www.da.mod.uk/colleges/arag/document-listings/07\(02\)AM.pdf](http://www.da.mod.uk/colleges/arag/document-listings/07(02)AM.pdf).
- Müller, Friedemann (2006). Energie-Außenpolitik. Anforderungen veränderter Weltmarktconstellationen an die internationale Politik, Berlin. Internet: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3471.
- Noël, Pierre (2008). Beyond dependence: How to deal with Russian gas, Paris. Internet: <http://ecfr.eu/page/-/documents/Russia-gas-policy-brief.pdf>.
- Ochmann, Cornelius (2007). Die polnisch-russischen Beziehungen im Kontext der neuen Ostpolitik der Europäischen Union, in: Polen-Analysen, 05/07, 2–6. Internet: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen05.pdf>.
- Paillard, Christophe-Alexandre (2007). Gazprom, the Fastest Way to Energy Suicide, Paris. Internet: http://www.ifri.org/files/Russie/ifri_Gazprom_paillard_anglais_mars2007.pdf.
- Perovic, Jeronim (2009). Introduction: Russian energy power, domestic and international dimensions, in: Jeronim Perovic/Robert W. Orttung/Andreas Wenger (Hg.): Russian Energy Power and Foreign Relations. Implications for conflict and cooperation, London, 1–20.
- Pleines, Heiko (2009). Developing Russia's oil and gas industry: what role for the state?, in: Jeronim Perovic/Robert W. Orttung/Andreas Wenger (Hg.): Russian Energy Power and Foreign Relations. Implications for conflict and cooperation, London, 71–86.
- Poussenkova, Nina (2009). Russia's future customers: Asia and beyond, in: Jeronim Perovic/Robert W. Orttung/Andreas Wenger (Hg.): Russian Energy Power and Foreign Relations. Implications for conflict and cooperation, London, 132–154.
- Rice, Condoleezza (2007). Opening Remarks at the Office of the Historian's Conference on U.S.-Soviet Relations in the Era of Détente, 1969–1976. Washington, DC. Internet: <http://history.state.gov/whats happening/conferences/2007-detente/presentation1>.
- Steinmeier, Frank-Walter (2007). Verflechtung und Integration, in: Internationale Politik, Vol. 3, 6–11.
- Steinmeier, Frank-Walter (2008). Deutsche Energie- und Klimadiplomatie, in: Josef Braml/Karl Kaiser/Hanns W. Maull/Eberhard Sandschneider/Klaus-Werner Schatz (Hg.): Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik. Jahrbuch Internationale Politik 2005/2006, München, 1–4.
- Umbach, Frank (2006). Europe's Next Cold War, in: Internationale Politik – Transatlantic Edition, Vol. 7, 64–71.
- Umbach, Frank (2007). Interview zu Fragen der Energiesicherheitspolitik, in: Reinhard C. Meier-Walser (Hg.): Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung, München, 85–106.
- Umbach, Frank (2008a). Asymmetrien in den EU-Russland-Beziehungen, in: Josef Braml/Karl Kaiser/Hanns W. Maull/Eberhard Sandschneider/Klaus-Werner Schatz (Hg.): Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik. Jahrbuch Internationale Politik 2005/2006, München, 313–316.
- Umbach, Frank (2008b). Deutschland, Polen und die gemeinsame Energiepolitik: Chancen der Kooperation *in puncto* Versorgungssicherheit, in: Thomas Jäger/Daria W. Dylla (Hg.): Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik, Berlin, 261–288.
- Viëtor, Marcel (2009). IRENA and RuDEA – Germany Promotes Renewable Energy and Energy Efficiency Globally, Berlin. Internet: <http://www.dgap.org/publikationen/view/1de66e52aaa26666e511deb9f889e76aeabf96bf96.html>.
- Wassenberg, Florian (2008). Im Osten nichts Neues: Russland in der polnischen Bedrohungsanalyse, in: Thomas Jäger/Daria W. Dylla (Hg.): Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik, Berlin, 239–259.
- Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (Hg.). Reserven und Ressourcen. Potenziale für die zukünftige Erdgas- und Erdölversorgung, Hannover. Internet: <http://www.erdoel-erdgas.de/filemanager/download/26/Reserven%20und%20Ressourcen.pdf>.
- Westphal, Kirsten (2009). Russisches Erdgas, ukrainische Röhren, europäische Versorgungssicherheit. Lehren und Konsequenzen aus dem Gasstreit 2009, Berlin. Internet: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6144.

AUTOR

Michail LOGVINOV, geb. 1979, studierte Germanistik, Russistik und Pädagogik sowie Politikwissenschaft und Neuere und Neueste Geschichte in Wolgograd und Chemnitz. Nach der Promotion im Fach Philologie in Wolgograd (2004) forschte er in der Chemnitzer Arbeitsgruppe für komparatistische Imagologie. Seit 2007 promoviert er an der TU Chemnitz im Fach Politikwissenschaft mit einer Arbeit über die Terrorismusbekämpfung im Nordkaukasus. Forschungsinteressen: Sicherheitspolitik, politischer Extremismus und Demokratieforschung, Politik und Gesellschaft in Eurasien.

Korrespondenzadresse: Vettiersstraße 54, D-09126 Chemnitz
E-Mail: mlog@hrz.tu-chemnitz.de